

KOMMENTAR ZUM KOHLEKOMPROMISS

Kein „historischer Durchbruch“

Der Fahrplan für ein Ende der klimaschädlichen Kohleverstromung steht. Und er ist verbindlich: RWE wird etwa den ersten Block im Kraftwerk Weisweiler bis zum Jahr 2022 vom Netz nehmen. Spätestens 2038 soll die Entwicklung abgeschlossen sein. Das sind gute Nachrichten, auch wenn der Ausstieg von der großen Koalition insgesamt viel zu zaghaft und langsam vorangetrieben wird. Mehr ist politisch in Deutschland derzeit offenbar nicht durchsetzbar. Denkbar ist zudem, dass der Zeitplan in den kommenden Jahren durch aktuelle Zwänge stark unter Druck geraten wird – und es am Ende doch noch schneller gehen muss.

Denn Deutschland mag im Kreise der vielen Bremser international zwar schon wieder als Vorbild dastehen. Doch Berlin ist weit davon entfernt, mit den bislang beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einhalten zu können. Der in der Kohlekommission erzielte Kompromiss wird jedenfalls nicht vollständig umgesetzt. Das ist mehr als ärgerlich. Ein „historischer Durchbruch“, wie ihn Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) verkündete, sähe anders aus. Schließlich wird in Nordrhein-Westfalen sogar noch ein neues Kraftwerk in Betrieb gehen, was angesichts der sich verstärkenden Dramatik des Klimawandels wie aus der Zeit gefallen scheint.

Unverständlich ist auch, dass Finanzminister Olaf Scholz (SPD) den Energiekonzernen diesen Ausstieg mit vier Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen noch vergolden wird. Mit Verlaub: Diese Konzerne haben nie den tatsächlichen Preis für das gezahlt, was sie der Natur und den Menschen in diesem Land zugemutet

haben. Die versteckten Kosten der Braunkohle hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) aus Berlin in einer Studie für Greenpeace einmal auf 26 Milliarden Euro pro Jahr taxiert. Zudem erhält die Braunkohleindustrie bis heute staatliche Förderungen in Höhe von fast zwei Milliarden Euro pro Jahr, wobei allein 1,5 Milliarden auf Steuervergünstigungen entfallen.

Kohlestrom war in Wahrheit nie billig. Die Kosten wurden nur auf die Gesellschaft und auf kommende Generationen abgewälzt.

Die Energiewende stockt

Das Geld für die Konzerne würde stattdessen besser in einen wirklich konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien investiert. Doch die Union blockiert derzeit die Energiewende. Wer aus Kohle- und Atomstrom aussteigt, muss rechtzeitig die Alternativen stärken, der muss Wind- und Sonnenenergie massiv und womöglich radikal ausbauen – übrigens auch in Süddeutschland.

Von dieser Entwicklung können und müssen auch die Beschäftigten der Kohleindustrie profitieren. Es ist schmerzhaft, aber auch sie haben nun endlich Klarheit. Wer noch jung ist, wird seine Fähigkeiten anderweitig einsetzen können. In einem Land mit Fachkräftemangel werden sie gebraucht.

.....
m.rose@medienhausaaachen.de

MARCO ROSE



KOMMENTAR ZUR NEUREGELUNG DER ORGANSPENDE

Bestes Wissen und Gewissen

Deutschland ist kein Land von Egoisten und Ignoranten, das das Problem von 10.000 verzweifelten Kranken nicht interessiert. Das nur noch kalt sagt: Lasst uns damit in Ruhe. Im Gegenteil. Einen Vormittag lang hat das Parlament am Donnerstag mit Leidenschaft darüber diskutiert, wie Sterbenskranken geholfen werden kann. Es wurden ergreifende Schicksale geschildert und große Fragen aufgeworfen. Von der Verantwortung des einzelnen für seine Mitmenschen, die über den Tod hinausreicht. Aber auch von der Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Und vom Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum.

Weder so noch so

Diese Debatte hat auch die Gesellschaft erreicht. Gut 85 Prozent der Menschen befürworten eine Organspende im Prinzip. Aber nur 30 Prozent haben einen Ausweis. Die meisten haben sich nicht entschieden, weder so noch so. Diese Menschen muss man behelligen. Die Widerspruchslösung wollte sie zwingen: Wer nicht ausdrücklich Nein sagt, hat Ja gesagt. Die Zustimmungslösung will die Zahl der Spender durch Aufklärung erhöhen. Und beide wollen endlich das schon lange überfällige Register schaffen, damit die Ärzte im Notfall schnell Gewissheit über die Entscheidung bekommen. Das Votum gegen die Widerspruchslösung fiel deutlicher als erwartet aus und zeigt: Hierzulande stehen Selbstbestimmungsrecht und die körperliche Unversehrtheit in dieser Frage offenbar höher im Kurs als in anderen europäischen Ländern. Vielleicht aus historischen Gründen. Hierzulande ist auch das Misstrauen in den Staat und die Medizin größer. Die Transplanta-

tionsskandale vergangener Jahre haben dazu sicher beigetragen.

Es war eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen. Kein Abgeordneter hat es sich leicht gemacht, das konnte man im Bundestag spüren. Fast alle Reden waren von hohem argumentativem Niveau. So eine offene Diskussion und Abstimmung ohne Fraktionszwang hätte man gerne öfter, auch in nicht-moralischen Fragen. Um wie viel ernster und intensiver würde dann zum Beispiel über den Einsatz deutscher Soldaten in Mali oder Afghanistan diskutiert werden. Das sind eigentlich auch Gewissensentscheidungen, die heute aber quasi nebenbei laufen.

Zwischen der Widerspruchs- und der Zustimmungslösung bestehen zwar fundamentale Gegensätze, man sollte sie aber auch im Nachhinein nicht aufbauschen zum moralischen Gegensatz zwischen Gut und Böse, hilfswillig oder egoistisch. Beide Seiten wollen das Gleiche: Mehr Leben retten. Der unerträgliche Zustand muss beendet werden, dass jährlich rund tausend Menschen sterben, für die es bei besserer Organisation und Rechtslage Hilfe gegeben hätte. Das ist der Maßstab. Wenn sich das in fünf Jahren immer noch nicht verändert hat, wird man das Thema neu aufrufen müssen – und dann auch andere Mehrheiten finden.

.....
an-politik@medienhausaaachen.de

WERNER KOLHOFF



DER KOHLEKOMPROMISS

Was die Einigung für wen bedeutet

Der Fahrplan für den Ausstieg aus der Braunkohle steht. Für Konzerne, Beschäftigte und die betroffenen Länder gibt es viele Milliarden Euro. Ob die Klimaziele erreicht werden, ist offen.

AACHEN Ein Kompromiss sollte immer ein Mittelweg sein. Doch natürlich gibt es bei Vereinbarungen wie der zum Kohleausstieg, die in der Nacht zum Donnerstag erzielt worden ist, immer auch Gewinner und Verlierer – auch wenn kaum einer der Beteiligten das so offen formulieren würde. Es kommt eben darauf an, wer dazu bereit ist, was zu akzeptieren. Und es kommt darauf an, wer am Ende die Zeche zahlt. Was also bedeutet der Kohlekompromiss für wen?

Die Konzerne RWE-Vorstandschef Rolf Martin Schmitz spricht von „gravierenden Konsequenzen“ für sein Unternehmen. „Bis an die Grenzen des Machbaren“ sei der Konzern gegangen. RWE stemmt die bis 2023 geforderte Kapazitätsreduktion nahezu vollständig allein. Bis dahin werden ausschließlich Kraftwerke im Rheinischen Revier stillgelegt. In Ostdeutschland werden erst ab 2025 Kraftwerke abgeschaltet. Auch im zweiten Schritt bis 2030 verliert RWE gravierende Kraftwerkskapazitäten, so dass ab 2030 nur noch die drei jüngsten RWE-Anlagen der 1000 Megawatt-Klasse in Neurath am Netz sein werden. Spätestens 2038 sollen dann alle Braunkohlekraftwerke in Deutschland vom Netz sein.

Auch die Tagebaue im Westen sind davon betroffen: Über 1,1 Milliarden Tonnen der insgesamt 2,1 Milliarden zum Abbau freigegebenen Tonnen Kohlevorräte bleiben in der Erde, rechnet Schmitz vor. Die Tagebaue Inden und Hambach werden früher geschlossen als geplant.

Dafür, dass RWE die größeren Härten verkraften muss, erhält der Konzern auch den größeren Batzen der Entschädigungszahlungen des Bundes: 2,6 der insgesamt 4,35 Milliarden Euro gehen an RWE. Die Betreiber der ostdeutschen Kraftwerke erhalten 1,75 Milliarden Euro. Das Geld wird verteilt auf 15 Jahre und jeweils nach der Stilllegung von Kraftwerksblöcken ausgezahlt.

Die RWE-Aktie erreicht vor diesem Hintergrund am Donnerstag den höchsten Wert der vergangenen fünf Jahre und schließt mit einem Plus von 2,11 Prozent bei einem Wert von 30,04 Euro. RWE-Finanzvorstand Markus Krebber bekräftigt, dass das Unternehmen weiterhin an der für das laufende Geschäftsjahr angepeilten Dividende von 0,80 Euro pro Aktie festhalte.

AACHEN Den größten Sprengstoff im Fahrplan zum Kohleausstieg birgt die Festlegung darauf, dass der Energiekonzern Uniper das umstrittene Steinkohlekraftwerk Datteln 4 in Betrieb nehmen darf. Niemand sollte versuchen, das neue Kohlekraftwerk ans Netz zu bringen, sagte gestern die Sprecherin von „Ende Gelände“, Kathrin Henneberger. In dem Fall werde „Ende Gelände“ Widerstand leisten und das verhindern. „Datteln 4 kann durchaus ein zweiter Hambi werden, was die Größe des Protestes angeht. Wir werden so stark gegen Datteln 4 streiten, wie wir für den Erhalt des Hambis streiten“, sagte sie.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) verteidigte dagegen das grüne Licht für Datteln. Das hochmoderne Kraftwerk politisch zu stoppen, hätte Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe erfordert, sagte Laschet. Dafür würden nun ältere Steinkohlekraftwerke abgeschaltet. „Ich gehe davon aus, dass – wenn Datteln 4 ans Netz geht – mehr CO₂ eingespart wird, als wenn es nicht ans Netz geht.“

Oliver Krischer, Bundestagsabgeordneter der Grünen (Düren) nannte

Standorte und Abschaltungszeiträume der Braunkohlekraftwerke

Kraftwerk	Stilllegung
1 Weisweiler E	01.04.22
1 Weisweiler F	01.01.25
1 Weisweiler G	01.04.28
1 Weisweiler H	01.04.29
2 Grevenbroich - Neurath F	31.12.38
2 Grevenbroich - Neurath G	31.12.38
3 Niederaußem G	31.12.29
3 Niederaußem H	31.12.29
3 Niederaußem K	31.12.38
4 Brikettierung Frechen	31.12.22
5 Schkopau A	31.12.34
5 Schkopau B	31.12.34
6 Lippendorf R	31.12.35
6 Lippendorf S	31.12.35
7 Jämschwalde A	31.12.25
7 Jämschwalde B	31.12.27
7 Jämschwalde C	31.12.28
7 Jämschwalde D	31.12.28
8 Schwarze Pumpe A	31.12.38
8 Schwarze Pumpe B	31.12.38
9 Boxberg N	31.12.29
9 Boxberg P	31.12.29
9 Boxberg Q	31.12.38
9 Boxberg R	31.12.38

Neurath und Niederaußem mit weiteren Abschaltungen bis Ende 2022
Quelle: Bundesregierung



Weithin sichtbar: Die vier Blöcke des Kraftwerks Weisweiler sollen Schritt für Schritt bis 2029 vom Netz genommen werden.

FOTO: IMAGO/GRAFIK: DPA

Für den RWE-Mitbewerber Uniper endet hingegen das lange Tauziehen um den umstrittenen Block 4 des Steinkohlekraftwerks in Datteln. Das darf nun ans Netz. Klimaschutz sind empört (s.u.).

Die Beschäftigten Bereits kurzfristig werden bei RWE über 3000 Stellen wegfallen, sagt Schmitz. Bis 2030 werden es etwa 6000 der derzeit insgesamt 10.000 Stellen sein. „Wir wollen die Umsetzung bei RWE sozialverträglich gestalten, damit niemand ins Bergfreie fällt“, sagt Schmitz. Betriebsbedingte Kündigungen soll es nicht geben, der Konzern habe Glück mit einer „günsti-

gen“ Altersstruktur, wie Schmitz sagt. Denn für Beschäftigte ab 58 Jahren soll es das vom Bund bezahlte Anpassungsgeld geben. Allein dies soll 4,8 Milliarden Euro kosten. Für jüngere Mitarbeiter soll es laut Schmitz Entschädigungen geben.

Viel Lob gibt es dafür vom Chef der Gewerkschaft IGBCE, Michael Vassiliadis: Er spricht von einem „stimmigen Dreiklang aus sozialer Absicherung, Investitionen in neue Arbeit und regionaler Zukunftsgestaltung“. „Deutschland setzt damit international Maßstäbe im Umgang mit den Herausforderungen des klimagerechten Umbaus von Industriebranchen“, sagt er.

„Datteln 4 kann ein zweiter Hambi werden“

Klimaaktivisten kündigen massiven Protest gegen neues Steinkohlekraftwerk an. Viel Kritik aus der Region.

die Inbetriebnahme und das Festhalten an Garzweiler dagegen „ein komplett falsches Signal“ der Bundesregierung. „Damit nimmt sie hin, dass Menschen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler ihre Heimat verlieren werden, obwohl klar ist, dass die Kohlekraftwerke keine Zukunft haben.“ Es sei nicht zu erklären, dass als erste Maßnahme des Kohleausstiegs mit Datteln ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehen solle.

Auch Antje Grothus äußerte sich kritisch. Sie war für die vom Kohleabbau Betroffenen in der Kohle-

kommission. „Der Eindruck hat sich verstärkt, dass Armin Laschet die beiden Tagebaue gegeneinander ausgespielt hat“, sagte sie. Er hätte die Situation befriedigen können, stattdessen aber neues Öl ins Feuer gegossen. „So werden die Proteste an vielen Orten weitergehen.“ Der nun verabredete Minimalkompromiss habe nichts mehr mit dem zu tun, was in der Kohlekommission beschlossen worden sei. „Im Nachhinein wirkt diese Kommission fast wie ein Feigenblatt.“

Auch der Aachener Reiner Priggen (Grüne), der den Landesverband Erneuerbare Energien in der Kohlekommission vertreten hatte, kritisierte die mangelnde Umsetzung der dort geschlossenen Vereinbarungen. Statt Datteln 4 anzuwerfen, „müssen die abzuschaltenden Kraftwerke im Rheinland durch Wind und Sonne kompensiert werden“, sagte Priggen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan (SPD) ist überzeugt, dass die Einigung den Strukturwandel ein großes Stück voranbringen wird. Er begrüßt vor allem die geplante Bund-Länder-Vereinbarung. Sie sichere die Zahlung der Fördermittel bis 2038 – unabhängig von Re-

Die Kohle-Länder Die vier Kohle-Länder NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg bekommen außerdem bis 2038 bis zu 40 Milliarden Euro zur Bewältigung des Strukturwandels. Dazu soll es bis Mai eine Bund-Länder-Vereinbarung geben. Wofür das Geld konkret verwendet wird, ist noch offen. Drei Projekte sind aber bereits benannt: Während die Lausitz zur Modellregion für digitale Gesundheitsversorgung ausgebaut wird, die sächsische Lausitz und das mitteldeutsche Revier je ein neues Helmholtz-Zentrum erhalten, soll im Rheinischen Revier der Standort Jülich zur Keimzelle der Wasserstofftechnologie werden. Dazu wird ein neuer Helmholtz-Standort angesiedelt, an dem demonstriert werden kann, wie Wasserstoff als Energieträger im Bereich regionaler Verkehrsnetze oder in der Produktion genutzt werden kann.

Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bezeichnet den Kompromiss indes als unnötig teuer. „Der Rückgang der Kohlestromerzeugung im vergangenen Jahr hat die Wirksamkeit von CO₂-Preisen für den Ausstieg aus der Kohle sehr deutlich gezeigt“, sagt die Energie-Expertin des Ifo-Instituts, Karen Pittel. „Es ist zu bedauern, dass trotzdem ein Kohleausstieg nach Plan weiterverfolgt wird, der die Energiewende unnötig verteuern wird.“

Das Klima Die Klimaschutz-Frage ist komplizierter. Selbst der Naturschutzring ist zwar sicher, dass der Energiesektor mit dem Kompromiss seine Ziele schaffen wird, die seit kurzem im Klimaschutzgesetz festgeschrieben sind. Das 2030-Ziel sei aber veraltet, fügt der Dachverband hinzu. In der Tat ist die EU dabei, ihre Ziele nachzuschärfen. Das dürfte auch für Deutschland bedeuten, dass nochmal eine Schippe draufgelegt werden muss. Umweltverbänden und Aktivisten reichen die Vereinbarungen ohnehin nicht aus: „Sorry, ein Kohleausstieg bis 2038 reicht nicht und Datteln 4 ist schlicht absurd“, schreibt etwa „Fridays for Future“-Aktivistin und Grünen-Mitglied Luisa Neubauer. Zwar könnte dem Kohleplan zufolge auch schon 2035 komplett Schluss sein, wenn das 2026 oder 2029 so entschieden wird. Aber das ist den Umweltschützern zu unsicher. (chr/bugi/dpa)



Verteidigt den Fahrplan zum Kohleausstieg: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU).

FOTO: DPA

Der Bund der Steuerzahler kritisierte, dass dieser nationale Alleingang beim Kohleausstieg unnötig teuer werde. „Sinnvoller wäre es, auf das bewährte Instrument des europäischen Zertifikatehandels zu setzen“, sagte Verbandspräsident Reiner Holzengel. (cs/pa/chr)